

Die Leitung des Jüdischen Nationalfonds genehmigt den Plan zur Ausweitung der Siedlungen in der Westbank

Hagar Shezaf und Hagai Amit, haaretz.com, 14.02.21

Das Direktorium der Organisation braucht noch die Zustimmung zur Entscheidung, die ihm erlauben würde, ihren Kauf von Land in der Westbank zu Gunsten von jüdischen Siedlungen auszuweiten, und wird dieses nach der Wahl tun.

Die Leitung des Jüdischen Nationalfonds (JNF) genehmigte am Sonntag einen Vorschlag, die Politik der Organisation offiziell zu verändern, insofern, als der Organisation gestattet wird, den Ankauf von Land in der Westbank zu erweitern, zu Gunsten des jüdischen Besiedlungs-Unternehmens.

Der Vorschlag würde dem Gush Etzion Siedlungsblocks, dem Jordantal, Gebieten rund um Jerusalem, der Binyamin-Region im Norden von Jerusalem, den Hügeln südlich von Hebron und Gebieten, die an der Grenze von vor 1967 liegen, Priorität einräumen.

Der Vorschlag wartet noch auf die Zustimmung des Direktoriums, das erst nach der israelischen Wahl am 23. März entscheiden wird. Die Entscheidung, die Zustimmung des Gremiums zu verschieben, folgte Drohungen einiger Mitglieder der Leitung des JNF zurückzutreten, zusätzlich zu einem Ersuchen von Verteidigungsminister Benny Gantz.

Gemäß dem Vorschlag, der vom US-State Department kritisiert wurde, wollte der JNF Privatgrundstücke in der Westbank anschaffen, wobei die Priorität Ländereien gegeben wurde, die innerhalb der Siedlungen liegen, Land, wo für eine Baubewilligung wenig Widerstand erwartet wird, und Land, das an bestehende Siedlungen anschließt, die für derlei Erweiterungen genutzt werden können.

Kurze Zeit bevor die Diskussion über den Vorschlag begann, schrieb Verteidigungsminister Gantz einen Brief an den Vorsitzenden von JNF, Avraham Duvdevani, mit welchem er um einen Aufschub der Entscheidung des Gremiums ersuchte, bis die Sicherheitseinrichtungen der Zivil-Administration Israels in der Westbank Konsultationen über den Fall halten können. Gantz antwortete, dass er glaube, die Entscheidung sei „extrem sensibel“ und, dass sie Konsequenzen auf nationaler Ebene haben könnte – hinsichtlich sowohl der Beziehung Israels zur Biden-Administration in den Vereinigten Staaten, wie auch zum Judentum in der Diaspora.

In einer getrennten Entscheidung, die auch von der Zustimmung des Gremiums abhängt, entschied die Leitung des JNF, 38 Millionen Schekel (11.7 Millionen \$) für die Anschaffung von Land in der

Westbank bereitzustellen. Der JNF, der 1901 gegründet wurde, um vor der Staatsgründung Israels Land anzuschaffen und für jüdische Besiedlung zu entwickeln, hat inoffiziell jahrelang in der Westbank gearbeitet, aber er hat dieses durch einen Vermittler getan.

Der Vorschlag würde dem Gush Etzion Siedlungsblocks, dem Jordantal, Gebieten rund um Jerusalem, der Binyamin-Region im Norden von Jerusalem, den Hügeln südlich von Hebron („South Hebron Hills“) und Gebieten, die an der Grenze von vor 1967 liegen, Priorität einräumen. Der Vorschlag hält fest, dass kein Land in den Gebieten von Nablus oder Jenin angekauft wird.

Gemäß dem Vorschlag würde der JNF – der im Hebräischen bekannt ist als „Keren Kayemeth LeIsrael“ weiter arbeiten an der Aufforstung der offenen Flächen in der Westbank „um das Land zu erhalten“, in Zusammenarbeit mit der Zivil-Administration, der Agentur in der Westbank der Administration der Regierung. Er beruht auf einer Rechtsmeinung, die im September 2019 vom Richter Yosef Alon für JNF herausgebracht worden war, aus der hervorgeht, dass der JNF Land in der Westbank ankaufen kann, das „vorgesehen ist für jüdische Siedlungen“.

Der Vorschlag wurde für die Mitglieder des Direktoriums auf einer Diskette gespeichert und nicht über Computer verschickt, und man ersuchte sie, ihn vertraulich zu behandeln.

Über diese Sache befragt, sagte der Sprecher des US-States Department, Ned Price: „Wir glauben, es ist bedenklich, von einseitigen Schritten zu sprechen, die Spannungen erzeugen und damit Bemühungen unterlaufen, zu einer verhandelten Zweistaatenlösung zu kommen.“

Price fügte hinzu, dass „einseitige Schritte die Annexion von Land, Siedlungsaktivitäten, Hauszerstörungen, Aufstachelung zu Gewalt, die Bereitstellung von Kompensation für Personen im Gefängnis für Terroraktionen einschließen könnten. Wir haben immer wieder nachdrücklich betont, dass es äußerst wichtig ist, alle diese Aktivitäten zu unterlassen“.

Quelle:

<https://www.haaretz.com/.premium-jewish-national-fund-okeys-plan-to-expand-west-bank-settlements-1.9538161>

Übersetzung für Pako: Gerhilde.Merz – palaestinakomitee-stuttgart.de